

Deutschland.

Berlin, 18. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, Freiherrn von Nordeuslycht zu Breslau das Amt des Curators der dortigen Universität übertragen; den Landrat z. D. Geheimen Regierungsrath Friedrich Wilhelm Karl von Bräuchitsch zum Ober-Regierungsrath und Regierung-Abteilungs-Direktoren ernannt; sowie die Verleihung des Kronanwälts Aepplin zu Arich an die Kronanwältschaft bei dem Obergerichte in Celle genehmigt und den Obergerichts-Rath Schulze in Verden, unter Verleihung des Titels „Kronanwalt“ mit dem Amt des Kronanwälts bei dem Obergerichte in Arich beauftragt.

Der praktische Arzt Dr. Gerloff zu Pencum ist zum Kreis-Physikus des Kreises Greifensee ernannt worden. — Die Anstellung des Baumeisters Gubben zu Hamm als Königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Hannoverischen Staats-Eisenbahn in Göttingen ist auf seinen Antrag zurückgenommen.

Das dem Kaufmann August Schlesinger in Berlin unter dem 22. Juli 1870 ertheilte Patent auf eine Maschine zur Anfertigung von Hutmägen ist auf weitere zwei Jahre verlängert worden.

Berlin, 18. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben nach Allerhöchstthür Rücksicht aus dem Feldzuge von 1870/71 durch den Geheimen Hofkath. Schneider eine Sammlung von Schriften, Druckfachen, Zeichnungen u. s. w., welche sich auf den französischen-deutschen Krieg beziehen, anlegen lassen und diese Sammlung jetzt vorbehaltlich einer weiteren vervollständigung, der königlichen Bibliothek geschenkt werden, mit der Maßgabe überwiesen, daß dieselbe als ein untrennbares Ganzes dort besondere verhürt werden soll. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 18. Juli. [Das Unterrichtsgesetz. — Geh. Rath Jacobi. — Das Siegesdenkmal. — Wohnungsgeldzuschüsse. — Die Kreistage.] Die Nachricht, daß der Cultusminister für den September Conferenzen über das Realculuswesen ausgeschrieben hat, welche mit den Vorarbeiten für das Unterrichtsgesetz im Zusammenhange stehen, scheint zu der Aussäufung Veranlassung gegeben zu haben, daß die Vorlegung des allgemeinen Unterrichtsgesetzes in der nächsten Landtagssession erfolgen werde. In der That finden auf allen Gebieten dieses Gesetzes eifige Vorarbeiten statt, aber aus verschiedenen Gründen ist es dennoch keineswegs als feststehende Absicht zu erachten, daß das Unterrichtsgesetz schon in der nächsten Session vorgelegt werde, besonders deshalb nicht, weil die Staatsregierung überhaupt nicht beabsichtigt, die nächste Landtagssession mit großen gesetzgeberischen Aufgaben, welche nicht absolut dringlich sind, zu belasten. Es gilt vorläufig nicht als wahrscheinlich, daß die nächste Session sich schon mit dem Unterrichtsgesetz zu beschäftigen haben wird. Als der dringlichste Gegenstand der Arbeiten im Cultusministerium neben der Ausführung der Kirchengesetze, gilt übrigens die Vorbereitung der evangelischen Kirchenorganisation. Die hierüber zwischen dem Minister und dem Präsidenten Hermann gepflogenen vertraulichen Verhandlungen sind jetzt geschlossen. Die Frage der evangelischen Kirchenverfassung wird vorausichtlich noch in diesem Jahre einen bedeutenden Schritt vorwärts tun. — Der Geh. Rath Jacobi hat, obwohl seine etablierte Berufung in das Staatsministerium erst für den 1. October erfolgt ist, doch die Geschäfte der neuen Stellung bereits übernommen und zeichnet im Auftrage des Ministerpräsidenten die Geschäftssachen des Staats-Ministeriums, insoweit es nicht vom stellvertretenden Vorsitzenden des Staats-Ministeriums geschieht. — Hiesige Blätter lossen den Minister des Innern schon gestern zurückgekehrt sein. Das ist irrig, jedoch wird seine Rückkehr heute Abend erwartet. — Die Commission für die Enthüllung des Siegesdenkmals hat ihre vorläufigen Beratungen beendet und ihre Vorschläge dem Staats-Ministerium unterbreitet, welches darüber an den Kaiser berichten wird. — In Folge des Gesetzes über die Wohnungsgeldzuschüsse an die unmittelbaren Staatsbeamten ist die Frage angeregt worden, ob diese Zuschüsse als laufzugsplichtige Theile des Dienstinkommens der betreffenden Beamten zu behandeln, und zwar schon aus dem Grunde, weil den sich im Genusse von Dienstwohnungen befindenden Beamten Wohnungsgeldzuschüsse nicht zu Theil werden, überdies aber diese Zuschüsse je nach dem Wohnsitz der cautionspflichtigen Beamten steigend oder fallend sind. — Nach der Kreisordnung sollen die Formen der Verhandlung auf den Kreistagen durch einen besondern von der Vertretung eines jeden Kreises zu beschließende Geschäft-Ordnung bestimmt werden. Um den Vertretungen als Anhalt dafür ein geeignetes Muster mitzuhelfen, hat der Minister des Innern den Entwurf einer solchen Geschäft-Ordnung ausarbeiten und den Provinzialbehörden zugehen lassen.

Königsberg, 10. Juli. [Ein zweit s Schreiben Johann Jacoby's] in Sachen der Richtung, welche die „demokratische Zeitung“ unter Guido Weiß verfolgte, an diesen lautet folgendermaßen:

Königsberg, den 2. Juli 1873.
Mit Freude ersehe ich aus Ihrem Schreiben vom 25. Juni, daß wir in der Sache übereinstimmen und nur in Worten auseinandergehen, über einen bloßen Wortstreit werden wir uns leicht verständigen.

In dem Aufruf vom 17. Juni kündigt sich die „Demokratische Zeitung“ als „ein Organ der bürgerlichen Demokratie“ an. Daß Sie, wer Ihr Freund, diese Worte „im besten Glauben — ohne Hinneinrag zur Vorwurfe“ in ihrem französischen Sinne niedergeschrieben, davon war ich im Voraus überzeugt; da „bürgerliche Demokratie“ aber nur zu oft in dieser Weise verstanden wird, hätte die Zeitung — nach meiner Ansicht — den mindestens zweideutigen Ausdruck entweder gar nicht oder wenigstens nicht ohne nähere Erklärung gebrauchen sollen.

Sie sagen in Ihrem Briefe: „Die bürgerliche Demokratie erkenne die politischen Forderungen des Eisenacher Programms vollständig und ohne Rückhalt an; sie unterscheidet sich aber von der Arbeiterpartei,

„indem sie das allgemeine gleiche Staatsbürgertum (haher ihr Name), nicht aber den Kampf einzelner Gesellschaftsklassen proklamirt, — indem sie die exclusive Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer als untrag und nicht erschöpfend zurückweist, — indem sie die ökonomische Aufgabe des künftigen Staates nicht einseitig gesondert behandelt (nicht die Schweizerische Magenfrage), sondern sie unter die allgemeine ethische Mission subsumirt.“

Gewiß liegt es Ihnen fern, der „social-demokratischen Arbeiterpartei“ Unrecht thun zu wollen; ist es aber richtig, daß diese Partei das allgemeine gleiche Staatsbürgertum nicht gelten läßt, sondern den Klassenkampf proklamirt? Daß sie der exklusiven Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Wort redet? Daß sie die ökonomische Aufgabe des künftigen Staates einseitig gesondert behandelt und die ethische Bedeutung der sozialen Frage unterschlägt? Das Eisenacher Programm fordert für Alle „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“, was ist dies anders als das allgemeine gleiche Staatsbürgertum? Es sagt ausdrücklich: „unser Kampf ist

nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung aller Klassenherrschaft“; heißt dies den Kampf einzelner Gesellschaftsklassen proklamiren? Es will, „daß genossenschaftliche Arbeit an die Stelle der jetzigen Produktionsweise (Vorbstoffen) trete“; wird nicht gerade dadurch die exclusive Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeiter aufgehoben? Endlich spricht das Programm sich klar darüber aus, daß „die sociale Frage un trennbar ist von der politischen, daß ihre Lösung nur im demokratischen Staate möglich ist“; kann darnach noch von einer Unterordnung des ethischen Zwecks unter die Magenfrage, von einer einseitig gesonderten Behandlung der ökonomischen Aufgabe die Rede sein?

Die demokratischen Grundsätze, welche von jeder meiner politischen Thätigkeit als Rücksicht dienen, sind in den Reden: „Das Ziel der Volkspartei“ (1868) und „Das Ziel der Arbeiterbewegung“ (1870) ausgesprochen; es sind, wie ich weiß, auch die Thüren, und ich finde nicht, daß das Eisenacher Programm andere Grundsätze fundiert.

Darin, verehrter Freund, pflichte ich Ihnen bei, der Namen: „socialdemokratische Arbeiterpartei“ ist nicht gerade gleich gewählt (sich in der Eisenacher Versammlung selbst wurde auf die mögliche Missdeutung des Namens aufmerksam gemacht); rechtzeitig dies aber den Ausdruck: „bürgerliche Demokratie“? Jedenfalls ist letzterer keine glücklichere Wahl; auch hier wird, fürchte ich, Mißverständnis und Spaltung die bedauerliche Folge sein.

Ein Wort noch über meinen Beitritt zur Eisenacher Partei! Als Obel und Liebhaber ihrer politisch-sozialen Ansichten wegen verurtheilt wurden, hielt ich es für meine Pflicht, mich der versöhlten Partei, deren Ansicht ich thiele, durch öffentliche Erklärung anzuschließen. Man hat den Schrift fälschlich so aufgefaßt, als wäre ich damit zugleich aus der „demokratischen oder Volkspartei“ ausgetreten. Hätte ich letzteres beabsichtigt, so würde ich es, wie Sie mit Recht bemerken, in gleich offener Weise erklärt haben wie im Jahre 1868 meinen Austritt aus der Fortschrittspartei. Wer sich übrigens die Mühe nicht verdrücken läßt, meine oben erwähnten Reden unbefangen — mit einziger Aufmerksamkeit zu lesen, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß ich für meine Person eben so gut der Volkspartei angehöre, wie der socialdemokratischen Arbeiterpartei; denn beide Parteien haben — meiner Überzeugung nach — dieselben Grundsätze unbedingter Selbstbestimmung und Gleichberichtigung — und Ein ethisches Ziel: das edle re e Menschenbild. Mir herzlichst Gratz Ihr Dr. Johann Jacobi.

Schwerin, 15. Juli. [Protestanten-Verein.] In einer Extraarbeitage zur „Rostocker Zeitung“ veröffentlicht Herr Prof. Dr. Baumgarten heut eine „protestantische Notwendigkeit“ gegen den Angriff, welchen die Stadtkirche Geistlichkeit von der Kanzel herab an drei Sonntagen gegen den Protestant-Verein und dessen Mitglieder gerichtet hat und welcher nichts Geringeres behauptet als daß „wer sich zum Protestant-Verein tut, damit tatsächlich von dem Boden der lutherischen Kirche abtritt und selber sich von der Gemeinde dasselbe trennen“ soll. Baumgarten führt hier den schlagenden Nachweis, daß die Characteristik des Protestant-Vereins, welche das Schriftstück der Pastoren entwirft in allen ihren Theilen eine grundsätzliche, auf völkerlichen Urfesten des Vereins, seiner Statuten und bisherigen Kundgebung beruhende ist. Er schließt diesen Theil seiner Entgegnung mit den Worten: „So unglaublich es klingt, so bleibt doch nur die Annahme: es ist eine krankhaft aufgezogene Phantasia, vermittelt welcher sie sich einen unmöglichen Verein zusammengefunden haben, und diesen Verein haben sie so dann unter dem Titel des Protestant-Vereins in den Bann gehan.“ Es sei aber dies, so fährt die Entgegnung fort, noch nicht das Schlimmste. Hätten die Pastoren nämlich über ihre dem Protestant-Verein angehörigen Gemeindeglieder ein amüsliches Urteil öffentlich abgeben wollen, so hätten sie mit der reinlichsten Genauigkeit um die Stellung derselben zur christlichen und kirchlichen Lehre sich beklommen müssen. Wenn sie das durch die Stiftung des Protestant-Vereins begonnene crasse Werk als einen Abfall von der Kirche öffentlich verlehrten, so beweisen sie damit, daß sie nicht bloss die Sache des allgemeinen Protestant-Vereins nicht kennen, sondern auch nicht einmal von dem, was unter ihren Augen über den mecklenburgischen Protestant-Verein vorgegangen ist, gewissenhaft Notiz genommen haben können. Zug dieser Unkenntniß wagen sie es, 60 Gemeindeglieder in den Bann zu thun und von der Kirchengemeinschaft ausschließen. Es liege gegen diese nichts vor als das Verbotnis zu dem öffentlichen Statut und dieses Vereinstatut sei ein Verbotnis des praktischen Christenthums, in welchem selbst ein Rechtsrichter seinen verdächtigen Satz entdecken könnte. Jedes Mitglied des Vereins könne mit dem Spruche: „Nichtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet“ vor die richtenden Pastoren treten und den Widerruf des auf falsche Besuldigungen gestützten unchristlichen Urtheilspruches verlangen. Einer sei mit demselben vor Allen gemeint und das sei er selbst, Baumgarten. Und doch müßten die Pastoren aus den öffentlichen Berichten wissen, daß er in den letzten Monaten sich mehrmals gedrungen gefühlt habe, sich zu dem vollen lutherischen Glauben, wie er ihn in einer lutherischen Landgemeinde empfangen habe, ohne Vorbehalt öffentlich zu bekennen. „Wenn ich nun überdentre“, heißt es weiter, „auf der einen Seite das Gewicht eines solchen Actes, wie er hier ausgeführt erscheint und wie etwa als Abnehmtes seit vielen Menschenaltern in der protestantischen Kirche nicht vorgekommen ist, und auf der anderen Seite den entsetzlichen Mangel an Überlegung, an Begründung, an Wissenschaft so schwundt mir Groß muß die Finsternis sein, in welcher Solches geschehen kann; und groß muß die Gesamtkatastrophe sein, in deren Verleuchtung Einzelne in so unseliger Verbündung handeln können!“ So dann wird nachgewiesen, daß das Verfahren bei der vorliegenden Ausschließung aus der Kirche mit klaren Grundlagen der heiligen Schrift, der symbolischen Bücher und der Kirchenordnung nicht in Einklang steht und ein ganz unkrautiges scilicet, welches nur dazu beitragen könne, Zwietracht in den Häusern und Familien zu entzünden und die Zweifelsucht und den Unzufriedenheit zu stärken. „Unser Gewissen sieht uns das Zeugniß, daß wir nicht bloss ein erlaubtes, sondern ein gutes Werk gehan haben. Diejenigen, welche dieses gute Werk zum Anlaß eines öffentlichen Vergnügunges gemacht haben, machen wir für alle daraus entstehenden Folgen verantwortlich. Wir erheben gegen die uns öffentlich widersprechende Mißhandlung öffentlichen Protest und werden unser angefochtene Christenrecht gegen alle unbefugten Übergriffe zu vertheidigen wissen.“

Hannover, 15. Juli. [Adresse an den Kaiser.] Die fürzlich in einer Versammlung von Bürgern unserer Stadt beschlossene Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König ist nun abgesandt worden. Trotzdem dieselbe nur wenige Tage zur Unterschrift öffentlich ausliegen konnte, ist sie mit 1258 Unterschriften bedeckt. Unter den unterzeichneten Namen finden sich die der angesehensten Bürger der Stadt. Die Adresse lautet:

Allerhöchstachtigster,

Großmächtigster Kaiser und Herr!

Se. Kaiserliche Majestät nahmen sich die unterzeichneten Bürger der Stadt Hannover, um bei dem höchsten Bischofe unserer Kirche ernste Beschwerde zu führen und um Schutz zu bitten, daß unser seit der Reformation bestandenes Recht der Predigerwahlen durch die das innige protestantische Wesen schwer verlegenden Glaubensgerichte des Königlichen Landes-Conistorii nicht fernherweit, wie geschehen, auf das Tiefste getränkt werde.

Nach dem Tode des Pastor prim. Müller befieß der Patron der Stadtkirche, der Magistrat der Königlichen Residenzstadt, zehn Geistliche, um Wahlprediger in der St. Aegidienkirche zu halten; unter diesen waren acht, die mehr oder weniger der theologischen Richtung des Kirchenregimentes zugehörten, welche letztere indeß bislang weder unter den Gemeinden, noch auch unter den Stadtkirchen sich einen erheblichen Anhang zu verschaffen gewußt hat.

Die jüngste Geistlichkeit der Provinz Hannover ist bei der straffen Hal tung und rücksichtslosen Energie der Königlichen Conistorien in Durchführung der sogenannten orthodoxen Richtung längst nicht mehr in der Lage, andere Wege einzuschlagen, trotzdem schon 1862 fast alle evangelischen Geistlichen der Provinz den Verlust dieser kirchlichen Partei, ihre Aufzählerungen durch einen neuen Katechismus ein- und durchzuführen, mit Erfolg, leider aber ohne nachhaltige Wirkung, energisch zurückgewiesen. Seit jener

Zeit, namentlich aber nach dem Jahre 1866, stehen die Wahlregeln der Königlichen Conistorialräthe, der Königlichen Superintendenten und der jüngeren Pastoren nach verschiedenen Richtungen hin fast durchweg im schroffen Widerspruch mit dem Bewußtsein der gebildeten Gemeindeglieder, deren christliche Ansichten in den Kirchen zumeist nur ungenügend Befriedigung, mehr noch unduldsame Widerspruch finden. Daher sind die Kirchen leer und eine erschreckende Gleichgültigkeit für alle kirchlichen Fragen greift in den gebildeten Kreisen unterer sozialen Stufen, regten aber in den gegnerischen Zeitblättern den Widerspruch derselben an, daß Ersterer schon vor der Wahlhandlung seine Bewerbung zurückzog, um sich diesen und den vorausgehenden folgenden Angriffen nicht weiter auszusetzen. Als danach der Kirchenpatron am 2. April d. J. obserbatorisch den wahlberechtigten Mitgliedern der Aegidienkirche drei Candidaten zur Wahl vorschlug, erhielt der Diakonus Dr. A. Portig 147 Stimmen, während die beiden Anderen, Dr. Hilmer, Lehrer hierelbst, mit 108 Stimmen und P. Denkert in Neustadt a. R. mit 11 Stimmen in der Minderheit blieben. Portig war demnach ordnungsmäßig gewählter Pastor der Aegidiengemeinde; derselbe ist 1842 zu Leipzig geboren, war dort an der Peterskirche Geistlicher, nachdem er vor dem Königl. sächsischen lutherischen Bildungsbehörde seine Gramma mit der II. resp. IIa. absolviert hatte. 1870 in Altenburg gewählt und durch den lutherischen General-Superintendenten in sein Pfarramt eingeführt, mußte jedes Bedenken über seine Wahl verschwinden, als unter geistliches Stadtmuseum am 23. April nach abgehaltener Predigt coram ministerio et senatu ein Colloquium mit Portig ohne Widerstand abgehalten hatte. Darauf wurde Portig vom Magistrat dem Landes-Conistorium zur Bestätigung präsentiert. Als letztere auf sich warten ließ, bat der Kirchenvorstand der Aegidiengemeinde einstimmig den Magistrat, die Bestätigung des Erwählten beflecken zu wollen. Inzwischen hatte die obere Kirchenbehörde nach Einholung der Zeugnisse, der gebrückten Predigten etc. sich auf Grund der Verordnung vom 4. Mai 1868 bewegen gefunden, den z. Portig zum Colloquium auf den 25. Juni zu laden, zugleich auch den Synodalauftakt, der über die Rechtgläubigkeit mit zu befindet, zur Teilnahme aufgerufen, welche Anordnung der Magistrat am 13. Juni zurücksunehmen erlaubt, und dadurch der Schein entstehe, als ob bislang die, welche gewählt und geprägt, „gewissenlos und pflichtwidrig“ gehandelt hätten. Indessen beharrte das Landes-Conistorium durch Rekript vom 19. Juni dieses Jahres auf der Achtung des Colloqui, dessen Resultat dahin dem Magistrat vom 28. Juni eröffnet ward, „daß das Königliche Landes-Conistorium, nachdem § 66, Nr. 2 der Synodalordnung vom 9. October 1864 im ordnungsmäßigen Verfahren dem auf die erledigte zweite Pfarrstelle an der Aegidienkirche hierelbst präsentierten Diaconus Dr. A. Portig zu Altenburg die kanonische Eigenschaft der Rechtgläubigkeit abgesprochen ist, sich nicht in der Lage befindet, dem Präsentierten die erforderliche Bestätigung zu erteilen.“

Durch diesen Entscheid über die Rechtgläubigkeit sind unsere religiösen Überzeugungen, die nach den gehörten und gelehrten Predigten, nach den Berichten aus den Gemeinden Leipzig und Altenburg, nach den Zeugnissen von uns hochverehrter und fachkundiger Männer, mit denen Portig's wesentlich übereinstimmen, auf das Tiefste gekrönt und verlebt; wie finden in der Anerkennung der Rechtgläubigkeit eines im geistlichen Amt mit Segen wirkenden Mannes materiell einen eindeutigen Eingriff in die edle protestantische Gewissensfreiheit und ein unberechtigtes katholischendes Richten über Dinge, welche alltin die Gemeinden vor ihrem Gott und ihrem Gewissen zu verantworten haben. Am allerwenigsten können wir auf das Urteil von Männern Gewicht legen, deren einseitig lutherisch-politische Richtung in extremer Weise sich wiederholt fundgegeben hat, eine Richtung, die wir für Staat und Kirche für verderblich halten. Der von unserer Aegidiengemeinde erwählte Geistliche, Dr. Portig, war bereit, die von allen hannoverischen Pastoren verlangte Verpflichtungsformel zu unterschreiben, damit war unseres Dafürhaltens dem formellen Recht Genüge geleistet; verlangt aber das Landes-Conistorium die Auslegung in dem Sinne, wie augenblicklich diese Verpflichtung auslegt, dann geht sie über ihre Bezugslinie hinaus und nimmt für sich eine Unschärke in Anspruch, welche bislang in der evangelischen Kirche noch nicht Rechens war. Viele Jahrzehnte hindurch haben unsere Geistlichen ähnlich wie Portig die Lehre der symbolischen Bücher aufgefaßt, und stimmen darin mit früheren Mitgliedern der Conistorien überein, ja, es sind unzweifelhaft noch heute in älteren Landeskirche ältere, segenreich wirkende Geistliche, welche im Wesentlichen derselben Richtung zugetragen sind, wie Portig, einer Richtung, die im gebildeten Laienstande überwiegend Anerkennung und Zustimmung findet. Materiell halten wir daher den Ausdruck des Landes-Conistorii und des ihm gleich gesetzten Synodalauftrages für unevangelisch und protestantisch und wissen keine andere Zuflucht, keine andere Hilfe in diesem schreienden Notstande zu finden, als bei unserem Allerhöchsten Landesbischof und Könige, in dessen Namen und Auftrag die Conistorien das Regiment in der Kirche führen. Wir vertrauen Ew. Majestät Weisheit und Gerechtigkeit, Wege zu finden, welche unter fast vernichtetem Wahlrecht zu wahren vermögen, und bitten deshalb ehrfürchtig:

Ew. Majestät wolle gerufen, die fragliche Entscheidung des Landes-Conistorii zu befeiligen und dem von der Aegidiengemeinde ordnungsmäßig erwählten Pastor Dr. Portig die oberbischöfliche Bestätigung hinzuerst zu gewähren.

Sollten aber wider unser Erwarten diesem unserem tiefsten Herzenswunsch Bedenken entgegenstehen, dann würden wir uns zu der weiteren Verpflichtung entschließen, daß Ew. Majestät landesfürstliches Herz unsere evangelisch-lutherische Stadt vor Wiederholungen solcher, unter christlichen Gewissens hartrüttender Glaubensurtheile zu schützen und solche Behörden einzusezen gerufen werden, welche mit Liebe und Duldsamkeit auch Anderer Glauben achten und ehren und nicht die eigenen Auffassungen der in der theologischen Wissenschaft streitigen Fragen als Richtschnur für unsere Geistliche, gleich den unfehlbaren Kirchenfürsten der römisch-katholischen Kirche, aufzuholen versuchen. Majestät! Laufende unserer Kirchlichen Mitbürger würden es segnen, wenn unsere inständigen Wünsche am Throne Erhöhung fänden. Danach würden es preisen, wenn endlich ein Aby von unserer Landeskirche genommen würde, der schon Jahrzehnte hindurch ein wahrhaft lebendiges Christenleben erfüllt, das religiöse Gefühl erfüllt und das Interesse an den kirchlichen Dingen in der allerbedeutschesten Weise vermindert. Wir unterhänigst unterzeichneten Bürger stehen fest zu dem evangelisch-lutherischen Glauben unserer Väter, wie werden uns niemals durch die demselben entgegenwirkenden Bestrebungen einer extremen Partei von diesem festen Grunde verdrängen lassen, mag dies unter welchen Formen es will, verflucht werden, das müssen und dürfen wir Ew. Majestät offen und treu vertheidern. Wir vertrauen Ew. Majestät Hilfe, Gerechtigkeit und Weisheit in unerschütterlicher Zuversicht.

Halberstadt, 15. Juli. [Hecker

die Fahne bürgerlicher Freiheit hoch halten, und den Zug der Zeit, der durch die Nationen geht, pflegen und ihnen den Weg ebnen. Die demokratischen Grundsätze — sie werden zur Geltung kommen, sie sind keine Phrase aus vergangenen Zeiten, sie sind der Pulschlag und das Lebenselement der modernen Gesellschaft. An die Stelle des alten starren feudalen Grund-eigentumsstaates ist der Mobilstaat, der täglich umgestaltet, getreten; ihm haant man nicht, ihm fäst man nicht, ihm engt man nicht ein mit Formeln aus vergangenen Zeiten und mittelalterlicher Phrasologie und Zwangsverfügungen. Der neue Geist der jungen Zeit entweicht auch durch die festesten eisernen Maßen und geht triumphirend seinen Weltgang. Meine ohnehin für den Aufenthalt im alten Lande kurz zugemessene Zeit ist mir durch Krankheit noch mehr zusammengegangen, und muß ich bedauern, ihrer herzlichen Einladung nicht entsprechen zu können. — In wenigen Wochen trägt mich das Schiff wieder entgegen dem Lande der glorreichen Sterne und Streifen, der großen amerikanischen demokratischen Republik, und es wird der Gedanke und die feste Hubertus den Schluss meiner Laufbahn erheben, daß rüstige Kräfte und begeisterte Herzen zur Vollendung führen werden, was wir Alten begonnen und angestrebt. — Mit Handschlag und Gruß Ihr

Fr. Heder.

○ Aus Rheinland-Westfalen, 16. Juli. [Verbandsstag der rheinisch-westfälischen Credit-Genossenschaften. — Theaterbau in Düsseldorf.] Der Verband der rheinisch-westfälischen Credit-Genossenschaften hielt vorgestern in Köln seine 11. Versammlung in Gegenwart des hochverdienten Anwalts der Genossenschaften, des Herrn Schulze-Delitsch ab. Der Verband besteht nach den Mitteilungen des zeitigen Verbandsdirectors Herrn F. Spiethoff aus Düsseldorf aus 59 Vereinen, aus deren Rechnungsabschlüssen pro 1872 hervorgeht, daß die Vereine Ende 1872 zusammen 25,801 Mitglieder zählten. Dieselben hatten im vergangenen Jahre 63,270,479 Thlr. umgeschlagen, besaßen 1,650,980 Thlr. Geschäfts-Antiheile, 185,773 Thlr. Reservesonds, benutzten 8,906,567 Thlr. fremde Gelder und ergaben einen Reinewinn von 127,973 gegen einen 15,487 Thlr. Verluste. Sowit der in den Vereinen vorzugsweise vertretene Mittelstand dabei in Betracht kommt, nahmen die Creditgenossenschaften an dem allgemeinen geschäftlichen Ausschwinge des Vorjahres massiven Anteil, ohne durch die Auswüchse der Industrie und die Aus schwefungen der Börse in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die Entwicklung der Vereine blieb eine gesunde, so daß denselben aus der gegenwärtigen Börsenkrisis kaum Verluste drohen werden. Der Zahl nach fand im vergangenen Jahre keine erhebliche Vermehrung der Creditgenossenschaften nach Schulze'schem System in Rheinland und Westfalen statt, weil die namhaftesten Städte fast alle bereits mit solchen Vereinen versehen sind, auf dem platten Lande aber die Raiffeisen-Vereine vorherrschen. Dagegen ist es dem stellvertretenden Verbands-Director Herrn Hollbauer in Bonn gelungen, dem Genossenschaftswesen in Elsass-Lothringen durch Gründung zweier Creditgenossenschaften in Straßburg und Metz Bahn zu brechen. — Aus den Verhandlungsgegenständen verdient auch der dritte, als auch für weitere Kreise interessant, herausgehoben zu werden. Derselbe betraf die Frage: Unter welchen Umständen empfiehlt sich die Umwandlung einer Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft, und welche Formen sind dabei zu beobachten? An der Debatte hierüber behielt sich Herr Schulze-Delitsch in längerer Rede, in welcher er vor allem Vertrauensvoll warnte und unter Andern folgendes ausführte: Die Capital- und Personal-Genossenschaften seien beide gleichberechtigt; die erstere, die Aktiengesellschaft, suche Garantien zu schaffen durch ihr Aktienkapital, die zweite, die Creditgenossenschaft könne dies nicht, sie hiete sie aber durch ihre Arbeitskraft. Der Credit erhält dadurch dieselbe Sicherheit, denn wenn auch die eine oder andere Persönlichkeit verunglücke, so trete ein Dritter sogleich an seine Stelle. Einer für Alle, Alle für Einen, das sei eben das große Prinzip, das den Weg zum Kapital bahne. Nur durch die Wahrung dieser Garantien könnten für den Credit die nötigen Rechtsverhältnisse geschaffen werden. Da man bei Personalgenossenschaften keinen Einsatz leisten könne, müsse man an die Goldbarbast gebunden bleiben. Die Theilhaft, wie man sie jetzt bei den Genossenschaften in Österreich eingeführt habe, sei das tollste Zeug, das man sich denken könne. Da schlage man den Kranken tott und sorge nachher für ein anständiges Begräbnis. — Der Verbandsstag einigte sich schließlich über folgende Resolution: „In Erwägung: daß sich einerseits die jetzt herrschende Form der eingetragenen Genossenschaften zur Erfüllung der sozialen und gesellschaftlichen Zwecke der Creditvereine als vollständig ausreichend erwiesen hat, und andererseits zu befürchten steht, daß bei der Umwandlung der Creditgenossenschaften das Interesse derselben Volksklassen, für welche die Genossenschaften vorzugsweise gegründet sind, nicht gewahrt werden könne, kann der Verbandsstag der rheinisch-westfälischen Creditvereine die fragliche Umwandlung nicht annehmen.“ — Die Stadt Düsseldorf wird demnächst ein wundres Theater erhalten. Die dortige Stadtverordnetenversammlung hat nämlich in ihrer gestrigen Sitzung mit 21 gegen 3 Stimmen die Ausführung eines von dem Herrn Professor Giese vorgelegten Planes für den Neubau des Stadttheaters genehmigt und beschlossen, die zu 270,000 Thaler veranschlagten Kosten des Baues, soweit sie nicht durch den erbetenen Staatszuschuß gedeckt werden, durch eine Anleihe zu beschaffen.

Crefeld, 14. Juli. [Gerichtliche Untersuchung.] Bekanntlich ist gegen den Erzbischof von Köln, P. Melchers, wegen der von ihm gegen zwei altkatholische Priester verhängten großen Excommunication und weil in dem betreffenden Erlaß von zwei anderen altkatholischen Geistlichen gesagt war, daß sie in sacrilegischer Weise gottesdienstliche Handlungen verrichtet hätten, von der Staatsbehörde die Untersuchung eingeleitet worden. Diese mehrfach erwähnte Angelegenheit hat insofern eine ganz eigenthümliche Illustration erhalten, als nun auch gegen die „Crefelder Zeitung“ wegen Abdruks jenes in allen Blättern erschienenen Erlaßes Klage erhoben worden ist. Der Redakteur eines liberalen Blattes gleichsam Complice Sr. Bischoflichen Eminenz! Die Sache ist nicht ohne Humor.

Bronnbach, 15. Juli. [Die Vermählung] des Erzherzogs Carl Ludwig von Österreich mit der Infantin Maria Theresa von Braganza findet am 23. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Schlosse des Fürsten zu Heubach statt. Der Bischof Ketteler von Mainz wird die Trauung vornehmen. Die Festlichkeiten werden Tags vorher stattfinden, da unmittelbar nach der Trauung die Neuvermählten abreisen.

Steele bei Essen, 14. Juli. [Procession.] Die gestern Morgen vom heiligen Bahnhofe aus per Extrazug nach Neviges abgegangene Procesion kehrte Abends auf denselben Wege zurück, vom Bahnhofe wandelten die frommen Beter durch die Stadt zur Kirche. Auf diesem Wege war der größte Theil der Wallfahrer bereits in die dem Marktplatz gegenüber sich abzweigende, nach der Kirche führende Nebenstraße eingebogen, als die Equipage des Herrn P. die Hauptstraße passirte und langsamem Schrittes an den Nachtlägern vorbeifahren wollte. In diesem Augenblicke fielen mehrere der letzteren, durch Schärpe und Federbüch ausgezeichnet, den Pferden in die Zügel, die sich in Folge dessen hoch aufzäumten, während Andere mit ihren Hirtenstäben und sonstigen Prozessionswerzeugen den Kutscher, welcher mit den schen gewordenen Thieren zu schaffen hatte, bearbeiteten. Bei diesen geselligen Exercitien erhielt der Kutscher außer anderen, minder erheblichen Verlegerungen einen tiefen Stich mit einer Lanze in den Oberschenkel und war weiß, wie sich die christliche Liebe dieser frommen Pilger noch weiter bekräftigt hätte, wenn nicht die energische Interven-

tion eines auf Urlaub beständlichen inzwischen hinzukommenen Kutschers dem Skandal ein Ende gemacht hätte. Die zum Tode erschrockene Insassin des Wagens, eine junge Dame, war weinend geflohen und blieb in einem nahe gelegenen Hotel Schütz gefunden. — Das Nachspiel dieser Affäre diente für die Beteiligten etwas unangenehm werden, da die Namen derselben bereits festgestellt sind, ebenso die Verwundungen des in ärztlicher Behandlung befindlichen Kutschers.

(Rhein- u. Ruhr-Ztg.)

** Frankfurt, 17. Juli. [Die Aussenverhandlungen.] Die Sitzungen des Schwurgerichts an den beiden vergangenen Tagen boten zwar in ihrer Totalität kein besonderes Interesse dar, dagegen lassen sich zwei Thatsachen von Bedeutung als das Ergebnis derselben hervorheben. Im Laufe der Verhandlungen vom Dienstag richtete nämlich der Vertheidiger Dr. Hirsch an den Zeugen Bierwirth Fleisch mehrere Fragen, aus welchen sich folgendes Zwiesprach entwickelte: Dr. Hirsch: Zu welchem Preise verkauften Sie jetzt das Bier? Zeuge Fleisch: Zu 4 Kreuzer. Dr. H.: Seit wann? Zeuge: Seit dem schönen Tage, den wir erlebt haben. Dr. H.: Mit Verlust? Zeuge: Ich finde diese Frage sehr curios; arbeiten etwa die Herren Anwälte mit Verlust? Dr. H.: Ich wollte nur constatiren, daß die Wirthschaft keineswegs genöthigt waren, das Bier zu 4½ Kreuzer zu verkaufen. Der Zeuge Fleisch hat sich in dem Augenblicke, wo er jene drastische Antwort gab, wohl kaum klar gemacht, ein wichtiges, für den Lauf des ganzen Prozesses entscheidendes Zugeständniß er damit gemacht hat. Letzter ist es öffentliches Gehört in Frankfurt, daß der Preisaufschlag von ½ Kreuzer pro Seidel, mit welchem die Brauer am 1. April hervortaten, durchaus nicht durch zwingende Gründe gerechtfertigt, sondern in der Haupsache ein reiner Willküract war. Das dem so sei, ist ja auch genugsam durch die Thatsache erhäitet, daß die Brauer am Tage nach dem Bierkrawall sofort wieder auf den früheren Preis von 4 Kreuzer zurückgegangen sind. Das war schon an sich compromittirend genug, nun kommt aber außerdem noch an den Tag, daß die Herren Brauer dabei trotzdem noch ihr Rechnung gefunden haben — allerdings ein für die Vertheidigung der Exzedenten sehr wichtiges Moment! Das zweite Ergebnis von höherem Interesse, welches die Verhandlung vom 16. Juli zu Tage förderte, ist, daß einer der Exzedenten, der Schreiner Andreas Hoffmann aus Fulda, die Thatsache, daß er noch vor Kurzem, Mitglied des deutschen Arbeitervereins gewesen, leugnete und behauptete, schon vor zwei Jahren aus dem Verein ausgetreten zu sein, obwohl ihm der Präsident des Gerichtshofes vorhielet, daß sein Name noch in dem Mitgliederverzeichniß vom 1. Januar 1873 signirt und seine Aussage in der Voruntersuchung dahin lautete, daß er seit vier Wochen aus dem Verein ausgetreten sei. Allem Anschein nach gehörte er demselben noch heute an. Eine gleiche Taktik befolgte in der heutigen Sitzung Adam Weber aus Paderborn, welcher gleichfalls Mitglied des deutschen Arbeitervereins ist und dissenunzacht die Bedeutung der rothen Fahne, welche er beim Bierkrawall getragen, nicht gekannt zu haben vorgiebt. Es fehlt also nicht an Anhaltspunkten dafür, daß allerdings ein Zusammenhang zwischen dem Krawall und den social-demokratischen Wahlkreisen besteht, andererseits aber zeigen die Angeklagten das entschiedene Bestreben, Alles, was sie etwa in dieser Beziehung wissen, sorgfältig als Geheimnis zu bewahren.

— Frankfurt, 16. Juli. [Der Bierkrawall.] Der Schreiner Christoph Scheber aus Heppenheim, welchen die Anklage als einen der Rädelsführer bezeichnet, war überall nur „zufällig“ bei den Excedenten zugegen. Der Gerichtspräsident erinnert an den Bellagten daran, daß er in der Voruntersuchung selbst gesagt: „Ich bin an die Spitze einer Anzahl Schreinergefechten getreten bin u. u. Früher hatte er zugestanden, bei Gräß Scheiben eingeschlagen zu haben, heute widerruft er dies. Im Eisgräbhaus habe er Bier getrunken; auf sein Begegnen, ob es etwas koste, habe man ihm gesagt: „Trink nur!“ Auf Wunsch des Vertheidigers, Herrn Dr. Kölzer, wurde aus den Acten constatirt, daß Scheber zum Untersuchungsrichter gefragt hatte: „Ich sehe ein, daß ich mich schwer gegen die Ordnung verfehlt habe!“ Zeuge Henninger sah, wie Scheber in der Heiligenkreuz-Gasse einen Zug formirte, der sich unter dem Liede: „Preciosa dir, dir folgen wir“ nach dem Bleichgarten in Bewegung setzte. Schuhmann Hoppe sah den Israel und Scheber Arm in Arm an der Spitze des Zuges auf dem Bleichgarten, wie er von da ab nach der Breitengasse zog. Scheber schwang einen Stoc. Wachmeister Hauf machte dieselben Wahnehmungen. Wirth Linnemann: Da er kein Bier geben wollte, habe es geheißen: „Druff!“ Israel sei zuerst in die Wirthschaft eingedrungen. Auf seine Bemerkung: Wie man nur einem Manne, der unschuldig an dem Bieraufschlag sei, die Sachen demoliren könne? habe Scheber gesagt: „Aufgehort!“ Bei ihrem Fortgehen habe Israel mit der Faust nach der Lindheimer Wohnung gedroht und gerufen: „Wari' ur, wir kommen wieder!“ Polizei-Commissionar Walther-Brauer kann nicht mit Bestimmtheit sagen, daß er Israel und Scheber bei Lindheimer gesehen, räumte aber ein, daß ähnliche Personen dafelbst gewesen seien. Schuhmann Werner sah den Israel an der Spitze des Zuges von der Altertumsgasse herkommen und ihn bei Lindheimer zuerst eindringen. Nachdem der Scandal in den Wirthschaftsräumen lange gedauert, und die Schuhmannschaft die Lumultanten hinausgebracht, sage er: „Gut, wir wollen gehen; wir wollen hier nichts mehr machen, wir gehen wo anders hin, da machen wir es anders als hier.“ Des anderen Tages sah Zeuge den Israel an der „Stadt Lindau“, und hörte ihn rufen: „Die Commune hoch! hierher, was zur Commune gehört.“ Es sah auch Leute gekommen, doch hätten es dieselben nicht für räthlich gehalten, dem Bellagten zu folgen. Israel erklärte, er wisse gar nicht, was die Commune sei. Dr. Fabricius gab ihm erst die Bedeutung dieses Wortes erklärt. Schuhmann Rupprecht sah die beiden Angeklagten Israel und Scheber in Gemeinschaft mit dem bereits abgeurtheilten Grünebaum Arm in Arm an der Spitze des Zuges. Israel leugnete jedoch, daß er Grünebaum, der teils hin- und hergewandelt, geführt habe. Polizei-Commissionar Schuhmacher sah den Scheber mit einem Lattenstück Fenster bei Gräß einschlagen, auch von Israel bemerkte er, wie er etwas in's Fenster warf. Als die Menge zum Auseinandergehen aufgefordert worden, habe Israel einen Burschen vor die Brust gestoßen und gesagt: „Zeht gehen wir!“ Israel stellt entschieden in Abrede, daß er ein Fenster eingeworfen habe; Frau Merg sah den Israel in der Gräß'schen Wirthschaft, wie er auf dem Tische stand, mit dem Stock gefüßt und „Bogenbier!“ rief. Israel will davon gar nichts wissen. Wirth Merg erklärte, daß ihm Israel durch sein exaltirtes Benehmen schon längst aufgesessen sei. Im Ubrigen bestätigt er, was seine Frau ausgesagt hatte. Lina Rödner, Büsser-Mädchen in der Stein'schen Wirthschaft, wird befragt, wie sich Israel dafelbst betrügen, worauf sie antwortet: „Sehr schlecht, denn er ganz besonders hat mit einem Stocken die Scheiben eingeschlagen, er spielt eine hervorragende Rolle, er war sehr frech!“ Auf dem Rückzug von Gräß commandirte er dem Zuge an der Stein'schen Wirthschaft abermals Stock, doch blieb die Menge nicht stehen. Instrumentenmacher Lichel constatierte, daß Israel und Scheber an der Spitze des Zuges marschierten. Anna Maria Beder, Dienstmädchen in der Stein'schen Wirthschaft, hat gesehen, wie Israel nicht allein mit der Hand eine Fensterscheibe eingeschlagen, sondern auch mit einem Stocke, den er sich nach seiner Verwundung hattreichen lassen, noch andere Scheiben zertrümmerte. Israel: „Das ist eine Lüge.“ Präsident: „Wie können Sie Lüge sagen? Das ist eine Frechheit sondergleichen, einen Zeugen zu verunglimpfen. Bei Wiederholung werde ich meine Disciplinar-Gebühr Gebrauch machen. Sie sind ein frecher Camerad!“ Schuhmann Türk constatierte die Führerschaft von Israel, Scheber und Grünebaum. Vertheidiger Dr. Lorey läßt bei jedem Zeugen seinen Clienten Dörfel aufstehen und richtet an sie die Frage: Haben Sie diesen Mann im Zug gesehen, worauf es jeder Zeit heißt: Nein. Zeuge Weber hörte den Israel bei Gräß sagen: „Blut und Bier müssen wir haben!“ Israel habe in seiner Wirthschaft stets Streit gesucht. Präsident: „Haben Sie ihn schon hinausgeworfen?“ Zeuge: „Ja, nicht, aber meine Gäste haben ihn schon hinausgeworfen.“ Präsident: „Was hält man in Oberbad von Israel?“ Zeuge: „Doch er kein richtiger Mann ist.“ Weber deponierte noch weiter, daß Israel bei Gräß Fensterscheiben eingeschlagen habe. Er würde gar keine Anzeige gemacht haben, wenn nicht Israel sich gedrückt hätte: Morgen komme er mit seiner Bande und schläge auch hier Alles ein. Schuhmann Oppert, welcher den Bellagten Dörfel zu transportieren hatte, teilte mit, daß ihm derselbe

die Mittheilung gemacht, es sei schon acht Tage vor dem Michelstag gemacht worden, in der „Stadt Lindau“ sich zu trauen, weil es dann los-Destreich wie Israel, leugnen beide. Die Staatsanwaltschaft gab hierauf den Geschworenen und dem Aussenhof von einer amtlichen Anzeige Mittheilung, wonach Daniel Israel zu den Mitangellagten nach dem Schlusse der Sitzung gesetzt: sie sollten nur nicht den Mut verlieren, fünf Jahre Buchbaut oder Nichts! Später wird's schöner. Wir haben nicht gestohlen. Wenn ich gestohlen hätte, so würde ich mich längst an meinem Strumpfband aufgehängt haben.“ Weiterhin eröffnete die Staatsanwaltschaft, daß Israel wegen Beschreibens der Wände im Arresthaus in eine Disciplinarstrafe genommen worden sei. Der Gerichtsvorsteher verlas hierauf das Leumundszeugnis des Israel, welches keineswegs günstig für denselben lautet. Durch seine Verhaftung wurde er an der Begründung eines eigenen Vermögensstandes gehindert. Scheber ist schon mehrfach bestraft.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kam die Schilbung der Vorgänge in Sachsenhausen zur Sprache, wobei die Auslassungen eines Zeugen, welcher in ächt linsmainischer Weise die Excessen bei Schall schilderte und auf die Frage, ob er keinen der Lumultanten gefangen, antwortete, er habe keinen nach „Dausch“ gefragt, große Heiterkeit erweckten. Ein anderer Sachsenhäuser schilderte seine Thätigkeit dahin, daß er auf die „Karnallen“ tüchtig draufgeschlagen und arretiert geholt. Zum Schlusz constatirt Herr Dr. Kölzer, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager und Heinrich zugegen gewesen zu sein und bei Leitgenannten bei der Pillardierung dadurch befehligt zu haben, daß er von dem betroffenen Bier mittrank. Hofmann, ein Freund des Mitangellagten Scheber, hatte in der Voruntersuchung eingeräumt, daß er am 21. April Morgen und Mittags in der Göss'schen Wirthschaft gewesen sei und daß es darüber geheißen: Heute Mittag geht's los! Heute leugnete er dies und erklärte, daß in einem Theile der zerstörten Wirthschaften keine Verhaftungen stattgefunden haben und über hundert Untersuchungen niedergeschlagen worden seien, worauf die Staatsanwaltschaft und das Präsidium erwiderten, daß die Geschworenen ihre Kenntnis der Sachlage nur aus den Verhandlungen schöpften. Wirth Schall erklärte, es sei ein Polizist bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, wenn er die Wirthschaft zumache, bekomme er nichts dagegen. Heute Nachmittag begannen die Verhandlungen mit den Angeklagten selbst, und zwar zuerst mit dem 23-jährigen Schreiner Andreas Hofmann von Fulda. Dörfel ist beschuldigt, bei den Verstörungen bei Neulinger, Schwager

bezahl als im Mai. Großbreds gehen seit dem Beginn der jüngsten Auction 1 D. höher ab.

Berliner Börse vom 18. Juli 1873.

Wechsel - Course.

Amsler-dam	250 Fl.	10 T.	47/4	140 1/4	bz.			
do	do	2 M.	47/4	139 1/4	bz.			
Augsburg	100 Fl.	2 M.	5	56 16 G.				
Leipzg.	3 Thir.	8 T.	5	99 1/4 G.				
London	1 Lst.	3 M.	47/4	62 20 1/4	bz.			
Paris	200 Fr.	10 T.	5	78 1/4	bz.			
Petersburg	1000 R.	3 M.	5	83 1/4 G.				
Warschau	50 SR.	8 T.	5	80 G.				
Wien	150 FL	8 T.	5	89 1/4 bz.				
do	do	2 M.	5	88 1/4 bz.				

Fonds und Gold-Course.

Friw. Staats-Anleihe	4%	—						
Staats-Anl. 4% 1/2	4%	100 1/4 bz.						
dito consolid.	4%	104 G.						
dito 4 1/2%	4 1/2%	89 1/4 bz. G.						
Staats-Schuldeiche.	3 1/2%	89 1/4 bz.						
Präm. Anleihe v. 1858	3 1/2%	125 7/8 G.						
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2%	101 bz. B.						
Berliner ...	4 1/2%	100 bz. B.						
Pommersche	3 1/2%	81 B.						
Posenische	4%	90 1/4 bz.						
Schlesische	3 1/2%	94 1/4 bz.						
Kur. u. Neumärk.	4%	94 1/4 bz.						
Pommersche	4%	94 1/4 bz.						
Posenische	4%	93 1/4 bz.						
Preussische	4%	94 1/4 G.						
Westf. u. Rhein.	4%	94 1/4 bz.						
Sächsische	4%	95 1/4 B.						
Schlesische	4%	94 1/4 bz. B.						
Zösische	4%	109 1/4 B.						
Badische Präm.-Anl.	4%	111 B.						
Badische 4% Anleihe	4%	92 1/4 bz. G.						
Übel-Mind. Framisch	3 1/2%	102 1/4 bz. G.						
Karl. 40 Thlr.-Loose	62 1/2	B.						
Badische 35 Fl.-Loose	38 1/2	G.						
Brassdw. Präm.-Anl.	22 1/2	B.						
Odenburger Loose	37 1/2	Bz.						

Louis'dor 100% etbz	Dollars 1.11/4 G.
Sovereigns 6.21% bz.	FriedBkn. 99 1/2 bz.
Napoleons 5.10% bz.	Oest. Bkn. 89 1/2 bz.
Imperials 5.15 G.	Buss. Bkn. 80 1/2 bz.

Hypotheken-Certificates.

Künd. Cent. - Bod. Cr.	5 100 1/4 G.
Unkünd. dto. (1872)	5 102 1/4 bz.
dto. rückw. 110	105 bz.
dto. do. do. 4 1/2%	96 1/4 bz.
Unk. H. d. Pr. B. Cr. B.	5 100 1/4 bz.
dto. III. Em. d.	99 1/4 bz.
Künd. Hyp.-Schuld. dt.	5 95 1/4 bz.
Hyp. Anth. Nord.-G. Cr.	5 101 1/4 bz.
Pomm. Hypoth.-Briefe	5 101 bz.
Goth. Präm. Pf. I. Em.	5 105 1/4 G.
dto. do. II. Em.	104 B.
Meining. Präm. Pfdb.	4 91 1/4 bz.
Oest. Silberpfandb.	5 74 1/4 G.
dto. Silberpfandb.	5 72 bz.
Unk. d. Pr. B. Cr. Pfdb.	5 100 1/4 bz.
Unk. d. Pr. B. Cr. O. Ge.	5 88 1/4 bz.
Südd. Bod. Cred. Pfandb.	5 100 1/4 bz.
Wiener Silberpfandb.	5 77 1/4 bz.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin. Göritzer	5 5	15	103 1/4 bz. G.
Berlin. Nordbahn	5	5	54 1/4 bz.
Breslau-Warschau	5	5	39 bz.
Halle-Sorau-Gub.	5	2 1/2	70 1/4 bz.
Hannover-Altenb.	5	5	63 1/4 bz.
Kohlfur. Falken.	2 1/2	5	89 1/4 bz.
Märk.-Posener	1 1/2	5	75 1/4 bz.
Magdeh.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	81 1/4 bz.
do. Lit. O.	1 1/2	5	102 bz.
Oestr. Süd. Bahn	0	0	67 1/4 bz. G.
Pomm. Centralb.	5	5	35 bz.
Rechts O.-U.-Bahn	5	6	123 bz.
Rumbin.(40% Einz.)	—	8	89 1/4 bz.
Saal-Bahn	—	5	67 G.

Bank und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk.	—	74	5	84 B.
Allg. Deut. Hand.-G.	—	97	5	72 1/4 bz. G.
Berliner Bank.	15	14	4	72 1/4 bz. B.
Berl. Bankverein	16	15	5	111 1/4 bz.
Berl. Kassen-Vor.	12 1/2	29 1/2	4	282 G.
Berl. Hand.-Ges.	12	12	4	139 1/2 G.
Berl. Lombard-B.	5	11 1/2	5	63 B.
Berl. Makler-Bank	2 1/2	11	4	91 1/2 bz.
Berl. Prod. Markt-B.	—	8 1/2	5	95 1/4 bz.
Berl. Wechselbank	12 1/2	12	4	46 1/2 bz. G.
Breslau. Bank	8 1/2	8 1/2	4	115 1/4 bz.

Ausländische Fonds.

Dest. Silberrente	41/2 65 1/4 bz. G.
do. Papierrente	41/2 60 1/2 bz. B.
do. Ldt.-Anl. v. 80	93 1/4 bz. G.
do. Främ.-Anl.	4 94 1/4 B.
do. Credit-Losse	11 1/2 bz. G.
do. Sauer Loos.	87 B.
do. Präm.-Anl. v. 84	136 1/4 bz. B.
do. do. 1866	130 1/4 bz.
do. Bod.-Ored.-Pfd.	86 1/4 bz. G.
do. Pol. Schatz-Obl.	78 1/4 bz.
Poln. Pfandb. III. Em.	72 1/4 bz.
Poln. Liquid.-Pfandb.	63 1/4 bz. G.
Unk. d. Pr. B. Cr. Pfd.	97 1/4 bz.
do. d. Pr. B. Cr. Pfdb.	99 1/4 bz.
do. 5% Anleihe	96 etbz.
Französisch. Bente	89 1/4 bz.
Ital. neu 5% Anleihe	60 1/4 bz.
Ital. Tabak-Oblig.	93 1/4 bz.
Baab-Grazer 100 Thlr.-I.	78 1/4 bz. B.
Baltische Anleihe	—
Türkische Anleihe	51 bz. G.
Ung. 5% Eisenb.-Anl.	74 1/4 bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	10 1/2 B.

Eisenbahn-Frioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	4 1/2 69 1/4 G.
do. III. v. St. 34 g.	82 G.
do. do. VI.	99 1/4 G.
do. Nordl. a. B.	5 102 1/4 bz. G.
Berlin. Göritzer	5 103 1/4 B.
do.	98 1/4 G.
Breslau-Freib. Litt. D.	98 1/4 bz.
do. do. H.	98 1/4 bz.
Cöln-Minden ... III.	89 1/4 G.
do. do. IV.	100 G.
Oberschles. A.	102 1/4 G.
do. B.	102 1/4 G.
do. C.	102 1/4 G.
do. D.	89 1/4 bz. G.
do. E.	82 G.
do. F.	95 1/4 G.
do. G.	99 1/4 G.
do. H.	102 1/4 G